

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa.  
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 31.

Montag, 7. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Barm. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile 5 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbereit und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Gewählter Kadrat erfüllt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore genötigt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen, des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

## Der Abschluß der Reichstagsdebatte.

### Deutscher Reichstag.

1927, Berlin, 6. Februar.

Die neue Regierung ist, wie wir bereits am Sonnabend gemeldet haben, vom Reichstag bekräftigt worden. Das ist das Ergebnis der heutigen Reichstagsdebatte. Mit 125 gegen 174 Stimmen bei 18 Enthaltungen wurde der Antrag der Regierungsparteien angenommen, der der Regierung das Vertrauen des Reichstags ausdrückt. Diese Mehrheit ist größer als sie vorher errechnet wurde, zumal für den Vertrauensantrag außer den Mitgliedern der Regierungsparteien nur die kleinen Gruppen der Deutsch-Dänischen und des Bayerischen Bauernbundes stimmten, während die Wirtschaftspartei-Mitglieder und einige Christliche sich der Stimme enthielten. Die übrigen Mitglieder der christlichen Gruppe stimmten gemeinsam mit den Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten mit Nein und auch der Zentrumsdirektor Dr. Wirth stimmte gegen den Vertrauensantrag.

Die große politische Ansprache wird fortgesetzt. Als erster Redner des heutigen Verhandlungstages nimmt Abg. Dr. Siegerwald (Str.)

Das Wort. Er beipflichtet zunächst die Vorgänge bei der Regierungsbildung und wendet sich gegen die sozialdemokratische Behauptung, daß eine Große Koalition möglich gewesen wäre. Diese Möglichkeit habe trotz aller Versuche nicht mehr vorgelegen. Es blieb schließlich keine andere Lösung übrig als die gegenwärtige Regierung. Er ist, so erklärt der Redner, weder der Führung noch nach der Behebung der wichtigsten Ministerien eine Reichsregierung. (Zustimmung im Str., Widerspruch links.) Praktisch wird von ihr eine ähnliche Politik gemacht werden, wie sie von der Großen Koalition gemacht worden wäre. (Zustimmung im Str., Zustimmung links.) Der Redner wendet sich gegen die Behauptung der neuen Regierung als „Birgerblock“. Mindestens die Hälfte der Wähler der vier Koalitionsparteien sind Arbeitnehmer. Die Bezeichnung bürokratische Partei scheint mit der Zeit etwas altmodisch zu werden. Unter den 4,2 Millionen Wählern des Zentrums befinden sich mindestens 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellte. Auch unter den Wählern der deutschnationalen Partei sind viele Hunderttausende von Arbeitern. Und sind denn die Arbeiter keine Bürger? (Sehr richtig rechts und in der Mitte.) Ich habe von dem, was ich in den letzten Monaten geredet und geschrieben habe, nichts zurückzunehmen. Eine Reichstagsauflösung hätte im jetzigen Augenblick schlimme Folgen gehabt. Die Demokraten wären stark geschwächt worden. Nicht nur von der Weimarer, sondern auch von der Großen Koalition hätten wir uns immer weiter entfernt. Heute ist das Hauptziel eine politische Arbeitgemeinschaft. Meine politischen Freunde wollen nicht wieder ein Klassen-Deutschland. Wir nehmen gern Kenntnis davon, daß Herr Koch gestern alle Kulturkampfbestrebungen abgewiesen hat. Die Mehrheit des Volkes will die Bekämpfung der Schulen, das haben die Wahlen zu den Elternbeträgen gezeigt. Wir wünschen nicht den früheren Schulzustand Preußens. Mit staatlichen Zwangsmitteln kann man die Kinder nicht religiös machen. Es läßt sich auch bei verschiedenen Schulformen erreichen, daß die Schüler zu einer nationalen Einheit verwirklicht werden. In der Wirtschaftspolitik brauchen wir die richtige Souveräne zwischen Innenwirtschaft und Exportwirtschaft. Die Landwirtschaft muß so und handelspolitisch genau so behandelt werden, wie die übrige Wirtschaft. Mit Jollen und hohen Preisen allein ist ihr nicht geholfen. Sie muß ihre Produkte absetzen können. Darum ist die Stärkung des inneren Marktes notwendig durch Erhöhung der Löhne und Gehälter. An dem Abbau der jetzt in der Welt bestehenden hohen Schuldenlasten muß gearbeitet werden auf dem Wege gegenseitiger Verständigung. Der Redner verlangt schließlich Förderung des Mittelstandes und Schutz der Qualitätserzeugnisse. Die Sozialpolitik müsse fortgesetzt und ausgebaut werden. Die Zentrumspartei gebe von ihren sozialen Forderungen nichts preis, gleichviel in welcher Koalition sie arbeite.

Abg. Stoeder (Komm.)

führt aus, die schweren Familienkonflikte zwischen den Parteien der neuen Koalition dürften nicht hinwegzusehen über die Gefährlichkeit dieser Koalition für die Arbeiterschaft. Der Reichsinnenminister v. Reubell habe gestern eigentlich zugestanden, daß er beim Kampfwort sich auf die Seite Kapps geschlagen und seine bewaffneten Verbände der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt hat. Noch im Sommer 1924 habe v. Reubell auf seinem Gute militärische Abteilungen der verbündeten Olympia-Organisation einquartiert und militärisch ausbilden lassen. Man kann sich vorstellen, wie dieser falsche Junker die gegen die antirepublikanischen Wehrverbände gerichteten Bestimmungen des Regierungsprogramms als Innenminister anwenden wird.

Abg. Feder (Nat.-Soz.)

erklärt, die Debatte habe denselben Tiefstand gehabt, wie die Regierungserklärung. Das Ergebnis sei: Es wird weiter gewartet! Der Unterschied gegen früher sei nur der, daß die Deutschnationalen unter Verleugnung aber früher nur ihren verkündeten Grundgedanken die Zugehörigkeit mitmachten. — Als der Redner von der „verlorenen“ Rede des Herrn

v. Guericke spricht, wird er zur Ordnung gerufen. Große Heiterkeit gibt es, als der Redner mit einem Hinweis auf den sehr spärlich besetzten Sitzungssaal sagt: Sehen Sie sich doch mal die Deutsche Volksovertüre an, so sieht sie aus! Es gibt unter den Abgeordneten sehr wenige nordische Menschen. (Luruf v. d. Deutschnationalen: Sie sind ja übergeknapp!)

Abg. Landsberg (Soz.)

Herr v. Reubell hat es gestern so borgekehrt, als ob er während des Kapp-Putsch dieselbe treue Beamte gebildet sei, wie vorher. Tatsächlich hat er aber damals seine Gewissenshaftigkeit für Kapp in Wort und Tat bekundet. Er hat als Vandal in seinem Kreise nur die Kuffschlag- und Herordnungen der Kapp-Regierung verbreiten lassen, nicht aber die der rechtmäßigen Regierung (Hört! Hört! links). Als der Vertrauensmann des Landarbeitersverbandes in Erwähnung der von der rechtmäßigen Regierung proklamierten Generalkonferenz eintrat, ließ ihn Herr v. Reubell kommen und sagte ihm: Die neue Regierung Kapp hat schon mit der alten Regierung eine Einigung erzielt und erlegt sie (Hört! Hört! links). Vandal v. Reubell sagte dem Vertrauensmann weiter, wenn er weiter für den Generalkonferenz agitiert, werde er in Schandhaft genommen (Sehr! Hört! links).

Präsident Eise:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (Sturm, Rufe links: Will Reubell nicht antworten?)

Minister v. Reubell

erlaubt und Wort und erklärt unter lauten Hört! Hört!-Rufen von rechts, er habe lediglich die Anweisungen seines Vorgesetzten, des Regierungspräsidenten von Frankfurt a. O. und auf dessen Anweisung die des Militärbefehlshabers befolgt. Andere Behauptungen oder Anweisungen der rechtmäßigen Regierung habe er nicht erhalten. Er habe daher noch nicht außerhalb Kenntnis davon erhalten, daß der Generalkonferenz damals offiziell von der Reichsregierung proklamiert worden sei. Er habe auf Veranlassung des Militärbefehlshabers auch wiederholt vor dem Generalkonferenz gemerkt. Der Vertrauensmann des Landarbeitersverbandes, auf den sich Abg. Landsberg beruft, habe die Unwahrheit gesagt, und sei auch sonst sehr ungläubwürdig (Hört! Hört! rechts).

Zu der kommunistischen Interpellation erklärt Minister v. Reubell: Ich habe festgestellt, daß die Organisation „Olympia“ am 12. Mai 1926 von der preußischen Regierung verboten worden ist. Zwei Jahre vorher war eine Feriengruppe der damals als noch nicht verboten Olympia auf meinem Gute. Außerdem hatte ich auf meinem Gute auch eine Feriengruppe des Jungdeutschen Ordens, einer Organisation, die, wie ich aus den Akten festgestellt habe, unter Gegenzeichnung des sozialdemokratischen Staatssekretärs Scholz unter meinem Amtsvorgänger mit finanziellen Zuwendungen bedacht worden ist. (Sturm, Heiterkeit rechts.)

Abg. Rube (Döfl.)

erklärt unter großer Unruhe der Sozialdemokraten, die Sozialdemokraten hätten im Gegensatz zu der christlichen Opposition der Kommunisten gar kein Recht, sich über die politische Vergangenheit eines Ministers aufzuregen. Bei ihnen sei doch mancher vom kaiserlichen Staatssekretär zum Volksbeauftragten, vom Volksbeauftragten zum Oberbürgermeister und dann wieder zum Volkstribunen hinübergewechselt (Abg. Scheidemann ruft: Dumme Junge aus dem Karrenhändler!) und wird dafür zur Ordnung gerufen. Als Abg. Rube weiter heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten richtet, wird ihm aus den sozialdemokratischen Reihen zugerufen: „Jakob!“ und „Landsberg!“

Präsident Eise: Der Abg. Rube erlaube mich um die Feststellung, daß er weder Jakob noch Landsberg heißt (Große Heiterkeit). Der Präsident ruft diejenigen Sozialdemokraten und Kommunisten zur Ordnung, die sich zu diesen Zurufen bekennen.

Abg. Rube führt weiter aus, die Kommunisten seien ganz andere Kerle als die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten könne man nicht einmal Kleinbürger nennen, sie seien politische Spießer (Sturm v. d. Soz.).

Reichsminister Dr. Marx:

Die Behauptungen, die hier aufgestellt worden sind, in ihrer Tragweite und Bedeutung abzuschätzen, bin ich natürlich jetzt nicht in der Lage. Ich habe gestern bereits mit dem Reichsinnenminister, Herrn v. Reubell, mich dahin besprochen, daß selbstverständlich die ganze Angelegenheit eingehend von mir untersucht werden wird. Es herrsche zwischen uns voller Einverständnis dahin, daß ich selbstverständlich mir die Akten der früheren Zeit durchsehen werde. Ich kann aber jetzt schon feststellen, daß Minister v. Reubell erklärt hat, er habe damals bei der zuständigen preussischen Behörde die Einstellung eines Disziplinerverfahrens gegen sich beantragt, habe aber daraus überhaupt keine Notwendigkeit empfunden (Hört! Hört! rechts). Es liegt natürlich in seinem Interesse, dieses Verfahren nun nachträglich nachzuholen, um festzustellen, wie damals eigentlich die Verhältnisse lagen, um zu sehen, was er selbstverständlich hierunter tun wird. Ich werde selbstverständlich die Untersuchung mit unerbittlicher Bestimmtheit führen und von dem Ergebnis dem Hause Kenntnis geben. (Große Unruhe und Rufe links: Und inzwischen soll er Minister bleiben?)

Abg. Landsberg (Soz.):

Unter den Flugblättern, die damals Herr v. Reubell im Kreise Königsberg verbreiten ließ, befand sich auch eines, das im Auftrage des Reichsministers Kapp jeden mit Strafe bedrohte, der irgend welche Veröffentlichungen oder Kundgebungen der „ehemaligen“ Regierung verbreite. (Sturm. Hört! Hört! links.) — Von den Kommunisten wird zur Regierungsbank gerufen: Wieder mit dem Hochverräter! — Präsident Eise erteilt mehrere Ordnungsstrafe an die kommunistischen Abgeordneten Jabbach, Feder und Brodia. Der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. befreit dem Vandal v. Reubell die Ermächtigung zur Befolgung der Anweisungen des Kapp-Militärbefehlshabers gegeben zu haben. (Neue Sturm. Hört! Hört! Rufe links.) Der Bürgermeister von Wehrin wollte die Behauptungen der rechtmäßigen Regierung verbreiten, der Vandal v. Reubell hat ihm das aber unter Strafandrohung verboten. (Sturm. Hört! Hört! links.) Herr v. Reubell hat sich übrigens nach seiner Entlassung als „Königlicher Vandal a. D.“ bezeichnet, obwohl er keine Dienste auch der Republik gewohnt hat und als ein republikanischer Vandal a. D. ist. (Große Bewegung links.)

Bei diesen Auseinandersetzungen haben sich die Abgeordneten nicht um den Tisch des Hauses gespart und es gibt wiederholt laute Auseinandersetzungen zwischen rechts und links.

Abg. Mühlh (Str.) beantragt, die Sitzung bis 3 Uhr nachmittags zu versetzen, damit zwischen der Debatte geschaffen werde. Der Antrag wird angenommen und bis 6 Uhr verlegt bis 10 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 10 Uhr beantragt Abg. Stoeder (Komm.) die Abstimmung über einen von den Kommunisten allein gegen den Minister v. Reubell gerichteten Vertrauensantrag. Da die Aussprache schon vor der Pause abgeschlossen war, kommt nunmehr der von den Regierungsparteien eingetragene Vertrauensantrag zur namentlichen Abstimmung. Vor der Abstimmung gibt Abg. v. Guericke für die Zentrumsfraktion folgende Erklärung ab:

Die Zustimmung meiner politischen Freunde zu dem beantragten Vertrauensvotum bezieht sich auf die gesamte Reichsregierung und insofern grundsätzlich auch auf jeden ihrer Mitglieder. Der Herr Reichsminister des Innern v. Reubell ist in diesem Vertrauensvotum einbezogen (Hört! Hört! links) in der Annahme, daß sich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen wegen Unterdrückung des sog. Kapp-Putsch durch die vom Reichsminister Dr. Marx im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister angelegte Untersuchung als unberechtigt erweisen.

Die Abstimmung ergibt das bereits veröffentlichte Ergebnis.

Damit sind die Vertrauensanträge erledigt. Hieran wird namentlich abgestimmt über den kommunistischen Antrag, der die Reichsregierung zum Austritt aus dem Völkerverband auffordert.

Für den Antrag stimmen neben den Kommunisten auch die Döflischen. Der Antrag wird mit 244 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Nach der Abstimmung rufen die Kommunisten noch rechts hinüber: „Die deutschnationalen Völkerverbandshebel!“

Zur einfachen Abstimmung kommt dann der sozialdemokratische Antrag auf öffentlichen Ausschluß der Wehrverbände im besetzten Gebiet.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) tritt, auf diesen „nationalen Antrag“ nicht einzugehen.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Um 4 Uhr verlegt sich das Haus auf Montag, 8 Uhr: Arbeitslosenversicherung.

Ein Antrag zur Regelung der Liquidationsverfahren.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung wird ersucht, mit Rücksicht auf die ungünstige Entscheidung des Haager Schlichtergerichts unverzüglich zu prüfen, ob die Entschädigung der durch Liquidation ihres Eigentums seitens der ehemals feindlichen Staaten geschädigten deutschen Staatsbürger in Form langfristiger verzinslicher Reichsanleihenbewilligungen oder in anderer, den berechtigten Wünschen Rechnung tragender Weise zu erfolgen hat und unverzüglich einen die Endabfindung dieser Staatsbürger regelnden Gesetzentwurf vorzulegen.

Die Stimmenthaltungen bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum im Reichstag.

Bei der namentlichen Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Marx im Reichstag enthielten sich 18 Abgeordnete der Stimme. Diese Abgeordneten waren von der Wirtschaftspartei Peter-Dresden, Barmann, Dr. Bredt, Drewh, Dunkel, Doljaner, Dr. Friesen, Lude, Mollath und Weid, von der völkischen Arbeitsgemeinschaft Dietrich-Franken, Feder, Rube, v. Kamin, Graf zu Reventlow, Schröder-Reddenburg, Seiffert und Weidendorfer.